

In den USA straffrei, in Honduras nicht

Prozess gegen Expräsident Hernández beginnt. Washington hat mit dem Drogenbaron noch einiges vor

Von Volker Hermsdorf

In den Vereinigten Staaten ist er dank Donald Trump an Jahrzehnten im Knast vorbeigekommen: In seinem Heimatland Honduras wird dem rechten ehemaligen Staatschef jedoch der Prozess gemacht. An diesem Mittwoch soll vor einem Strafgericht für organisierte Kriminalität und Korruption die Anhörung gegen Juan Orlando Hernández wegen mutmaßlichen Betrugs und Geldwäsche fortgesetzt werden. In dem 2023 als Fall »Pandora II« eingeleiteten Verfahren geht es um die Veruntreuung von rund 10,8 Millionen US-Dollar. Als Vorsitzender des Parlaments soll der Expräsident (2014–2022) diese Summe zwischen 2010 und 2013 an zwei Stiftungen umgeleitet und zur Finanzierung seines Wahlkampfs verwendet haben.

Hernández war im Februar 2022 – nach dem Ende seiner Amtszeit – in der honduranischen Hauptstadt Tegucigalpa festgenommen und zwei Monate später Mitarbeitern der US-Antidrogenbehörde DEA übergeben worden. Im März 2024 verurteilte ihn ein Geschworenengericht in Manhattan wegen Drogen- und Waffenhandels zu 45 Jahren Haft und einer Geldstrafe von acht Millionen US-Dollar. Nach Ansicht des Gerichts hatte Hernández »eine der weltweit größten und gewalttätigsten Verschwörungen im Bereich des Drogenhandels« unterstützt und das Land zum Zentrum des Kokainhandels zwischen Lateinamerika und den USA gemacht. Unter anderem soll er Bestechungsgelder für den Transport von über 360 Tonnen Kokain in die USA angenommen haben.

Am 1. Dezember 2025 begnadigte der US-Präsident den Verurteilten – trotz weltweiter Kritik. Die Ankündigung dazu verband Trump mit einem Aufruf an die Bürger des mittelamerikanischen Landes, bei der Präsidentschaftswahl den von ihm unterstützten rechten Kandidaten Nasry Asfura zu wählen. Trump drohte, anderenfalls Finanzhilfen zu entziehen. Asfura und Hernández sind für ihn offenbar wichtiger als der Kampf gegen den Drogenhandel. Das belegen Audioleaks, die das von Ex-Podemos-Chef Pablo Iglesias geleitete spanische Onlinemagazin *Canal Red* bereits im Mai veröffentlichte. Hernández erklärte darin, dass er seine Begnadigung auch dem israelischen Premier Benjamin Netanjahu und anderen »Leuten« verdanke, die Israel unterstützen. Wörtlich sagte er: »Wir sind ihm sehr dankbar.« Laut *Canal Red* planen die Unterstützer, zu denen auch Argentiniens Präsident Javier Milei gehöre, Hernández erneut in Staatsämter zu bringen, um eine US-Militärbasis durchzusetzen, günstige Konditionen für israelische und US-Firmen zu sichern und den Einfluss Chinas

in Lateinamerika einzudämmen. Kurz nach Veröffentlichung der Tondateien auf dem Portal *hondurasgate.ch* verzeichneten die Betreiber – statt öffentlicher Dementis – fast 40.000, vor allem aus den USA und Israel erfolgte Cyberangriffe innerhalb von nur 24 Stunden.

In Honduras haben die Rückkehr und die Umstände zur Anhörung des ehemaligen Präsidenten die Debatte über Straflosigkeit, Korruption und die Verbindungen zwischen politischer Macht und organisierter Kriminalität in dem Land neu entfacht. Die Rechtsexpertin Alexa Solórzano erklärte laut *Telesur*, dass die Begnadigung und die Rückkehr des Straftäters Ende Juli eine Botschaft vermitteln, die den Drogenhandel und die Korruption normalisiert und außerdem den Eindruck verstärkt, dass die Justiz selektiv vorgeht und diejenigen begünstigt, die über politische Macht oder ausreichende wirtschaftliche Mittel verfügen. Der Auftritt von Hernández werfe zudem Fragen hinsichtlich seiner tatsächlichen politischen Ziele auf, zu denen auch der Aufbau eines rechten Netzwerks gehöre, das die geopolitischen Interessen der USA in Lateinamerika durchsetzen soll. »Verschiedene Kreise sind der Ansicht, dass seine Anwesenheit die Wiederbelebung der während seiner Amtszeit aufgebauten Einflussnetzwerke begünstigen könnte, während gleichzeitig die Erwartungen auf neue Enthüllungen im Zusammenhang mit dem sogenannten Honduras-Gate steigen«, zitierte *Telesur* die Anwältin.

Das argentinische Onlineportal *Resumen Latinoamericano* berichtete Ende Juli unter Verweis auf neue geleakte Audioaufnahmen von Präsident Asfura, dass dieser eine Gesetzesinitiative plane, um die Überwachung der Zivilbevölkerung über Mobilfunkanbieter mittels israelischer Software zu ermöglichen. Auch habe der Präsident laut den Mitschnitten gefordert, die Kontrolle über den Obersten Gerichtshof und die Staatsanwaltschaft zurückzugewinnen. Juan Orlando Hernández lässt grüßen: Seine Regierung hatte bereits Technologien von israelischen und US-Firmen zur digitalen Überwachung und Datenanalyse eingesetzt.

<https://www.jungewelt.de/artikel/528602.kokainhandel-in-den-usa-straffrei-in-honduras-nicht.html>